

# Weißen-Blatt-Zeitung

## Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Neueste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Täglich ab 20 M. ohne Anträge. — Einzelne Nummern 20 M. — Geschäftsrat: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. — Gemeinderatskonto-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die lebenswichtige Zeitung  
20 M. außerhalb der Hauptstadt 30 M. im amtlichen Zeitungsbereich 200 M. — Einzelne Reklamen 200 M.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Gebue. — Druck und Verlag: Carl Gebue in Dippoldiswalde.

Nr. 82

Donnerstag den 6 April 1922

88. Jahrgang

### Vertliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Beim hiesigen Standesamt wurden im Monat März beurkundet: 12 Geburten und 7 Sterbefälle. Eheschließungen erfolgten 3.

Seit heute Mittwoch früh — in der Nacht hatte es nur ganz wenig geschneit — ist wieder starker Schneefall eingetreten und hat die Decke, die erstaunlicherweise sehr im Schwinden begriffen war, wieder sehr angebessert.

Die deutsche Einheitsstrophe. Der schon seit sehr langer Zeit bestehende Ausschuss zur Schaffung der deutschen Einheitsstrophe, der vom Reich und den Ländern eingesehzt war, ist jetzt endlich zu einem Ergebnis gekommen. Er hat die Grundzüge des endgültigen Einheitsentwurfs festgestellt. Zur Überarbeitung ist der Entwurf einer Kommission von zwei Mitgliedern überreichen worden. Der gesamte Ausschuss wird nach zwei Monaten zur erneuten Beratung zusammenkommen. Das neue System besteht im wesentlichen in einer Vereinigung der bisher weitestverbreiteten Systeme Gabelsberger und Stolze-Schrey.

Der allen sächsischen Turnern wohlbekannte Direktor i. R. der Rgl. Turnlehrerbildungs-Anstalt Professor Wilhelm Frohberg ist am 3. April nach schweren Leiden im 71. Lebensjahr verstorben. — Er war Ehrenkreisvertreter des 14. Turnkreises der Deutschen Turnerschaft, Freistaat Sachsen.

Die Maul- und Klauenseuche wurde am 31. März 1922 im Freistaat Sachsen in 68 Gemeinden und 83 Gehöften gegen 39 Gemeinden und 42 Gehöften am 28. Februar 1922 amtlich festgestellt.

Die Mäuseplage des vergangenen Herbstes hat erstaunlicherweise vielfach Gemeinden und Grundbesitzer zu Gegenmaßnahmen veranlaßt. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen können wertvolle Anhaltspunkte für künftige Maßnahmen dieser Art liefern. Die Hauptstelle für Pflanzenschutz, Dresden-A. 16, Städtelallee 2, bittet daher alle von Mäuseplage Betroffenen und besonders alle Mitglieder der Landesorganisation für Pflanzenschutz dringend um recht baldige Beantwortung der folgenden Fragen: 1. Trafen überwinternde Mäuse noch auffallend stark, mittelsfleckig oder nur schwach auf? 2. Welche Mäuseart verursachte die Plage? Feldmaus (grau und kurzschwanzig) oder Brandmaus (braun mit schwarzem Rückenstreifen und langschwanzig)? 3. Inwieweit machen sich im Herbst und Frühjahr Fraßschäden geltend? 4. Wann, womit und in welcher Form ist eine Bekämpfung erfolgt? 5. War diese erfolgreich, und welche besonderen Erfahrungen wurden dabei gemacht? — Die Antworten können als portoformliche Dienstsache durch die Gemeindevertretung eingesandt werden. Die Mitglieder der Landesorganisation werden dagegen gebeten, sie frankiert einzuschicken und den Portobetrag der Hauptstelle in Rechnung zu setzen.

Die finanzielle Lage der sächsischen Gemeinden. Zu diesem Thema schreibt die "Chemnitzer Volksstimme" in ihrer Nummer vom 3. April: Die finanzielle Lage in den meisten Gemeinden ist schlecht und Dinge, die vor dem Kriege ohne jede Schwierigkeit durchzusehen waren, müssen heute unterbleiben, weil die Deckungsmittel hierfür nicht vorhanden sind. Auch eine sozialdemokratische Mehrheit ist daher gegenwärtig nicht in der Lage, unsere alten Forderungen auf kommunalem Gebiet in die Praxis umzusetzen. Wo aber doch der Versuch gemacht wird, da legen die Aufsichtsinstanzen ihr Veto ein, und die Beschlüsse gelangen nicht zur Ausführung. So haben in letzter Zeit verschiedentlich Kreishauptmannschaften und Ministerium es abgelehnt, daß Gemeinden irgendwelche Verpflichtungen unternehmen, bevor nicht die Deckungsfrage befriedigend gelöst ist. Die Sorge um eine etwaige Überschuldung der Gemeinden ist zweifellos berechtigt, und sachlich wird sich kaum etwas dazu sagen lassen. Im Gegensatz zu dieser Sorge steht es aber dann, wenn anderseits den Gemeinden Kosten auferlegt werden, für die gleichfalls eine Deckung nicht vorhanden ist. Es geht nicht an, daß Reich oder Staat einfach diktiert: von den angeordneten Hilfemaßnahmen auf sozialem Gebiet haben die Gemeinden sowieso viel Prozent aufzubringen, und auch die Volksvertretung sollte sich hüten, auf diesem Wege weiterzugehen. Man sollte erst einmal dafür sorgen, daß die Gemeinden ihre anteiligen Befräge an Reichsteuern möglichst schnell und restlos erhalten, damit sie selbst in der Lage sind, festzustellen, ob ihre Finanzlage eine neue Belastung ertragen könnte oder nicht. Jetzt zu Beginn des Jahres 1922 warten die Gemeinden noch immer auf die Abrechnung der Reichseinkommensteuer von 1920.

Obercarsdorf. Am gestrigen Dienstag wurde an einer besonders sonnigen Stelle vom Schulknaben Strauß eine Kanone bemerkt und gefüllt.

Schmiedeberg. Bei der hiesigen Gemeindeverbandsspar-  
kasse erfolgten im Monat März 1922 291 Einzahlungen in  
Höhe von 106 313 M. 39 Pf., dagegen wurden 147 Rück-  
zahlungen in Höhe von 134 424 M. 96 Pf. geleistet.

Kipsdorf. Das Stiftungsfest der Vereinigung ehemaliger Soldaten wurde am 1. April in dem festlich dekorierten Saale des Hotels "Zellkoppe" abgehalten. Mit viel Umsicht hatte der Vorsitzende, Herr Gärtnereibesitzer Gustav Hölsler es verstanden, den Abend zu einem genüßlichen zu gestalten. Die Darbietungen waren vorzüglich und zahlreich, auch war die Musik in dem gutgewählten Programm mustergültig. Das erste Mal trat die Gefangsabteilung der Vereinigung als gemischter Chor unter Leitung des Herrn Kantor Hüschenreuter auf. Wenn man hört, daß diese Abteilung erst seit Mitte Dezember v. J. sich zusammengefunden hat, so mußte man den Leistungen volles Lob zukennen. Viel Besuch erntete auch das von Mitgliedern und Freunden des Vereins gespielte Theaterstück "Der unglaubliche Thomas", Schwank in 3 Akten. Die gut ausgestattete Tombola war sehr begehrt und bald ausverkauft. Das Tanzbein bekam seine Rechte und Männer und Weiblein bekleidet im Gedächtnis, daß es doch wieder einmal ein recht hübscher Abend war.

Höckendorf. Am vergangenen Sonntag wurden die neu gewählten Kirchgemeindewerke im Hauptgottesdienst vom Pfarrer der Gemeinde vorgestellt und in ihr Amt eingewiesen. Es sind dies von Höckendorf die Herren Paul Göbel, Eugen Heber, Ernst Merisch, Bruno Richter, Kantor Seidel, Bruno Uhlemann und Gustav Voigt. Herr Karl Hählig, der mit dazu gehörte, fehlte entschuldigt. Von Vorlaß waren es die Herren Emil Hölsler, Schmiedemeister Kohl, Hermann Welde, Robert Welde und Lehrer Thiel; von Obercunnersdorf die Herren Clemens Rothe, Otto Heber und Hermann Uhlemann. Von ihnen wurde dann aus ihrer Mitte der neue Kirchenvorstand gewählt, und zwar gingen die Herren Bruno Richter, Eugen Heber und Paul Göbel für Höckendorf, die Herren Kohl und Lehrer Thiel für Vorlaß und für Obercunnersdorf Herr Otto Heber als neue Kirchenvorsteher aus der Wahl hervor. Die Herren Gustav Bormann, Hählig und Rothe, welche, 11, 21 und 17 Jahre Kirchenvorsteher gewesen sind, haben alterswegen gegeben, daß man von einer Wiederwahl ihren Verlust abschaffen möchte.

Glashütte. In der letzten Stadtgemeinderatssitzung, die von etwa 100 Zuhörern besucht war, wurde der Bericht des Ausschusses, der die Eingabe des Gewerkschaftskarls über Errichtung einer städtischen Fleischerei vorbereitet hatte, gegeben. Nach dem Bericht scheiterte diese Angelegenheit zunächst an der Beschaffung eines zweckmäßigen Grundstücks. Der Ausschuß steht auf dem Standpunkt, der Eingabe Rechnung zu tragen, sobald geeignete Räume beschafft werden können. Ebenso soll die Abgabe von Kohlen in eigene Regie genommen werden, sobald die Raumfrage gelöst ist. In der Aussprache wurde betont, daß damit die Geschäftsteller nicht zufriedengestellt seien. Von der Linken wurde angeregt, durch die Stadt Kinder zu verpfunden und durch die Gasanstalt Kohlen in kleinen Mengen abzugeben, um den Geschäftsstellen eine Konkurrenz zu bieben. In Lauenstein seien z. B. die Kohlen bedeutend billiger. — In der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung erfolgte eine Aussprache über die bevorstehende Wahl des Bürgermeisters. Nach eingehender Beratung ergab die Abstimmung des vollzähligen Kollegiums 12 Stimmen für die Wiederwahl des Herrn Bürgermeisters Opih und 4 weiße Zettel.

Die Sammlung für die Altershilfe brachte in Glashütte 9488 M. Die Stadt rundete die Summe auf 10 000 M. auf.

Pirna. Keller- und Bodenkammerdiebstähle waren in den letzten Jahren in einem Hause der Breiten Straße vorgekommen, ohne daß man den Dieb entdeckte. Die Bestohlenen wechselten die Schlösser oder legten doppelte Schlösser an, nichts half; die Diebstähle dauerten fort. Der Kriminalpolizei gelang es jetzt, Aufklärung zu schaffen. Sie ermittelte als Diebin eine in demselben Hause wohnende Frau, die mittels Nachschlüssel die Schlösser öffnete und die Diebstähle zur Ausführung brachte.

Cunnersdorf bei Hohnstein. Hier war wiederholt gespaltenes Holz gestohlen worden, doch war es nicht möglich den Dieb zu fassen. Der am Sonnabend mit seinem Führer hier eingetroffene Polizeihund der Gendarmerie Pirna nahm die Spur auf und stellte als Diebin eine hier wohnende Frau, die den Diebstahl auch zugegeben. Nach den Fühlspuren zu urteilen, mußte der Diebstahl von einem Manne ausgeführt sein, es stellte sich aber heraus, daß die Frau Herrenschuh angezogen hatte.

Papstdorf. Von Freundschaft und Zutraulichkeit nimmt man bei Beobachtung des Wildes meistens wohl herzlich

wenig wahr. Ganz das Gegenteil beweist ein Trupp Rehe, der regelmäßig in einem Papstdorfer Gehöft Einkehr hält. Er zeigt sich seinem Wohntäter gegenüber recht vertraut. Gutsbesitzer Felix Fischer hat diese behenden, anmutigen Tierchen durch Fütterung dermaßen verwöhnt, daß sie die ihnen eigene Schüchternheit und Furcht vor den Menschen wohl ganz vergessen haben. Sie sind bereits in der Auswahl der Nahrung recht wählerisch geworden und tun sich gütlich an den Möhren im Futtergeschuppen. Erst in der Morgensonne treten sie ihren Heimweg an. Eins dieser zutraulichen Tierchen läßt sich bereits allerlei Süßigkeiten gefallen und nimmt diese durchaus nicht übel. So beobachtete man kürzlich beim Füttern frühmorgens noch einen dieser Gäste, der des Guten wohl etwas zu viel genossen hatte. Der dienstvolle Leib vermochte die weiten bogensförmigen Säcke nicht mehr auszuführen und verlor sich in einer Trommel. Das Tier mußte sich wohl oder übel als Gesangener ergeben; es wurde ihm ein Halsband umgelegt, dann wurde es wieder entlassen. Das Tier hatte es mit der Flucht aber gar nicht eilig und kommt nach wie vor mit auf den Hof.

Grimma. Teuer wurde das Holz, das im Stadtwald in Grimma und im Forstrevier Nimbischen versteigert wurde. In Grimma waren, so berichtet die "Meissner Volkszeitung", es Arbeiter, in Nimbischen in der Haupthälfte Bauern, die die Preise in die Höhe trieben. So ging der Meter Scheite im Stadtwald nicht unter 350 M. weg und wurde bis über 400 M. gesteigert, und für den Langhaufen wurde ebenfalls der unerhörte Preis von 400 bis 500 M. gezahlt. Ebenso teuer wurden die Stöcke. Ein großer Buchenstock erzielte den Preis von 500 M. Im Nimbischen Revier wurde der Preis für 10 kleinere Fichtenstöcke bis auf 100 M. getrieben. Früher bezahlte man 2 M. für solche Stöcke. Die Förster schütteln die Köpfe über das unsinnige Hochtreiben der Preise durch die Bieter.

Chemnitz. 4. April. Auf der Bahnlinie Adorf—Chemnitz sprang ein etwa 25 Jahre alter Kaufmann zwischen Reichenhain und Chemnitz-Südbahnhof aus dem nachts 11 Uhr in Chemnitz ankommenden Zug und verlor sich tödlich.

Limbach bei Chemnitz. 4. April. Das auf der Schillerstraße wohnende Aufschreiheraut Försch stand bei der Heimkehr in die Wohnung seine beiden 16- und 8jährigen Söhne tot vor. Die beiden hatten sich vermutlich auf dem Gas Kocher Kaffee gekocht und sich dann im Nebenzimmer schlafen gelegt, ohne die Gasähnle richtig zuzudrehen.

Schwarzenberg. 3. April. Das hiesige Schöffengericht hat den Stadtreferenten Dr. Knoll in Johanngeorgenstadt wegen Schmuggels und ähnlicher Vergehen zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten 8 Tagen und zu einer Geldstrafe von 140 000 Mark verurteilt, und hat außerdem auf Einziehung des Gewinnes in Höhe von 4000 M. und auf Werkerschafstrafe in Höhe von 2750 M. verhängt.

Kirchberg. Der 13jährige Sohn des Bäckermeisters Lorenz ist beim Schneefunnelbauen im Garten der elterlichen Wohnung durch Hereinbrechen von Schneemassen tödlich verunglückt. Wohl hatten misstreuende Kameraden sofort Hilfe herbeigerufen, die auch nach wenigen Minuten den Verstütteten befreiten. Leider waren aber alle Wiederbelebungsversuche erfolglos.

Mylau. Das Grundstück, in dem bisher die "Mylauer Zeitung" erschien, ist von dem früheren Webereibesitzer Neubert gekauft worden, der das Gebäude für andere Zwecke verwenden will. Die Druckerei wird aufgelöst, die gesamte Arbeiterschaft entlassen.

Döslitz i. V. Die Gastwirte-Vereinigungen beschlossen in einer am Montag abgehaltenen Versammlung, infolge Erhöhung der Bierpreise durch die Brauereien den Preis für das Glas 8 proz. Bier auf 4 M. und für 12 proz. Bier auf 5,50 M. festzulegen.

Während neuerdings über Zunahme der Kriminalität beim männlichen Geschlecht gestagt und hier und da sogar eine Überfüllung der Männer-Strafanstalten festgestellt wird, hinsichtlich der Landesanstalt Voigtsberg bei Döslitz, die nur weibliche Straflinge beherbergt, das Gegenteil der Fall. Infolge dieser an sich erstaunlichen Tatsache muß in Zukunft davon abgesehen werden, sogenannte landwirtschaftliche Kommandos zusammenzustellen und diese zur Errichtung landwirtschaftliche Arbeiten an größere Güter im oberen Vogtländere abzugeben.

Karlsbad. Der Kurbezirk ist bis jetzt schlechter als im Vorjahr. Der Marktburg scheint sich schon bemerkbar zu machen, denn die sonst um diese Zeit anwesenden reichsdeutschen Gäste fehlen. — Am Buschlehrader Bahnhofe in Karlsbad wird jetzt eine Hauptradiostation für 1000 Kilometer errichtet.

## Lloyd George über Genua.

Keine Revision des Friedensvertrages. — Keine Erörterung der Reparationsfrage.

Der englische Ministerpräsident hat am Montag seine mit großer Spannung erwartete große Rede über die Politik der britischen Regierung auf der Konferenz in Genua gehalten. Er verteidigte die Abmachung mit Frankreich, die Reparationsfragen und die Fragen der Revision des Friedensvertrages von der Erörterung auszuschalten, und machte von der Annahme des Vertrauensantrages sein Verbleiben in der Regierung abhängig.

Zu Beginn seiner mehr als einstündigen Rede erklärte Lloyd George, daß der von dem Kabinett eingebrachte Vertrauensantrag in seinem Wortlauten fast wortlich sei mit der Vollmacht, die das Unterhaus der Regierung für Washington ertheilt habe. Werde dieser Antrag abgelehnt, so müßte eine andere als die bisher vorgesehene Abordnung England in Genua vertreten. Die Konferenz von Genua sei einberufen worden, um die Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas zu erödigen, und die beste Art der Wiederherstellung der Ordnung und der Hebung des Wohlstandes zu prüfen.

Der Ministerpräsident stellte dann fest, daß seit der Konferenz von Cannes durch keinerlei Verhandlungen eine Beschränkung der Aufgaben der Genueser Konferenz stattgefunden habe. Eine Versammlung wie die in Genua wäre nicht geeignet, bezügliche Verträge einer Revision zu unterziehen, auch dann nicht, wenn eine solche wünschenswert wäre. Unzweckhaft hätten die nach dem Versailler Vertrage vorgenommenen Grenzänderungen neue wirtschaftliche Schwierigkeiten hervorgerufen. Die Reparationen hätten jedoch eine wirtschaftliche Desorganisation nicht verursacht (?). Die Schwierigkeit der Lage sei der Tatsache zugeschrieben, daß Frankreich und Belgien zerstört worden seien. Wenn der Versailler Vertrag geändert würde, so würde die Last von Deutschland auf Frankreich und Belgien verschoben werden.

"Wenn wir jedoch — führte Lloyd George weiter aus — auf Zahlungen beständen, die die Tragfähigkeit eines durch den Krieg erschöpften Landes überstreiten, so würden wir die Krise beschleunigen, die nicht auf Deutschland beschränkt sein würde. Über zweitens ist zu erwägen, daß Deutschlands äußerste Zahlungsfähigkeit nicht nach seiner Fähigkeit in der Gegenwart zu beurteilen ist, wo es ebenso wie das übrige Europa um die Erhaltung von der Erfüllung durch den Krieg kämpft. Auch sind diese Fragen nicht dazu angelegt, in Genua entschieden zu werden. Frankreich kann auf das Recht einer Entschädigung entsprechend dem Versailler Vertrag nicht verzichten. Diese Fragen können dem Urteil einer Konferenz, auf den Deutschland, Österreich, Ungarn, Rußland und die Neutralen vertreten sind, nicht unterbreitet werden."

Lloyd George sah dann auseinander, daß die wirtschaftliche Lage Europas durch zwei Fragen besonders berührt werde; die neuen Grenzen und das Reparationsproblem. Die Grenzveränderungen hätten neue ökonomische Komplikationen geschaffen, da die neu entstandenen Staaten das Recht in Anspruch nehmen, fiskalisch und wirtschaftspolitisch freiheit des Handelns zu genießen. Die Welt sei so zerschlagen, ihre vitalsten Organe seien so schwer verwundet, daß jeder Heilungsprozeß langsam und schrittweise von Patienten gegen weros. Auf der Wirtschaftskonferenz von Genua seien 36 Nationen versammelt. Diese große Versammlung sei notwendig, weil Europa durch den Krieg vom Atlantischen Ozean bis zum Ural verwüstet wurde.

**Die Wiederherstellung Russlands Voraussetzung der Zahlungsfähigkeit.**

Neben der Wiederbelebung des internationalen Handels und der Gesundung der Währung ist so erklärte Lloyd George — vor allem die Wiederherstellung des Friedens in und mit Rußland von großer Bedeutung. Deutschland könne niemals die Reparationszahlungen, die von ihm verlangt werden, leisten, bevor Rußland nicht wiederhergestellt sei. Rußland müsse alle Bindungen, die man ihm auferlege, anerkennen, die vor allem darin bestehen, daß Rußland die allgemeinen Grundsätze der zivilisierten Staaten annimmt. Nur wenn Rußland gewillt sei, diese Bindungen anzunehmen, können die Grundlagen für einen allgemeinen Frieden geschaffen werden. Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland könnte jedoch nicht die offizielle Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung. Diese könne erst erfolgen, wenn man sicher sei, daß Rußland die Bindungen der Alliierten ausführen wird.

Zum Schluß führte Lloyd George aus, daß es das Amt und die Pflicht Englands sei, einen vollständigen Frieden in Europa wiederherzustellen und seine Ansicht über die ersten Probleme des internationalen Handels und der Arbeitslosigkeit zur Gelung zu bringen.

### Das Vertrauensvotum.

Nach Schluß der Rede Lloyd Georges brachte der Arbeiterführer Clunes den Antrag des Arbeiterpartei ein, in dem der Regierung das Vertrauen verweigert wird. Das Unterhaus nahm jedoch das Vertrauensvotum mit 372 gegen 94 Stimmen an.

## Attentat in Budapest.

Explosion einer Höllenmaschine. — Sieben Todesopfer, zahlreiche Verwundete.

In Budapest im Stadtteil Elisabethstadt wurde von den demokratischen Politikern Nassau und Rupert im Elisabethstädter Club ein Abendessen veranstaltet, zu dem auch mehrere Politiker geladen waren. Gleichzeitig erfolgte neben dem Heizapparat eine Explosion, welche eine Mauer zum Einsturz brachte und einige Fenster zertrümmerte. Sieben Personen wurden getötet und zwanzig schwerverletzt. Man glaubt, daß neben dem Ofen eine Höllenmaschine versteckt worden war. Der

Minister des Innern begab sich an den Tatort, um die Ermittlungen einzuleiten.

## Die Geldgeber der Kommunisten.

Russische Unterstützungselder für die Märzaktion.

Die rechtssozialistische und unabhängige Presse veröffentlicht aus einer Quelle, die als „absolut zuverlässig und unanfechtbar“ bezeichnet wird, bemerkenswerte Mitteilungen über die Geldgeber der kommunistischen Partei Deutschlands, durch die über die Schulden am Oberstaatstand 1921 volle Klarheit geschaffen wird.

Danach wurden zur Durchführung der Märzaktion 25 Millionen Mark russische Unterstützungselder verabtont. Auch sonst ist die kommunistische Partei in ihrem ganzen Ausbau und in allen ihren Aktionen durchaus von den russischen Geldmitteln abhängig. Die deutsche kommunistische Partei hat von Sowjetrußland oder, was dasselbe ist, von der 3. Internationale im Jahre 1921 monatlich 5 Millionen Mark Hilfe bekommen. Davon sind monatlich 400 000 Mark zur Deckung des Defizits der „Roten Fahne“ aufgewandt worden. In der letzten Zeit ist die Summe dieser Unterstützungselder etwas geringer geworden; auch der Zuschuß der „Roten Fahne“ hat sich auf 300 000 Mark monatlich verringert. Sehr erhebliche Zuflüsse von Russland hat ständig die kommunistische Zentrale in Berlin erhalten.

Die angeführten Summen beziehen sich lediglich auf die Beiträge, welche die deutsche kommunistische Partei direkt erhalten hat. Außerdem unterhält aber Moskau oder die 3. Internationale in Berlin das Westeuropäische Sekretariat, dem z. B. auch die beiden kommunistischen Verlage von Franke in Leipzig und Hohm in Hamburg unterstellt sind. Auch dieses Sekretariat gibt ungeheure Summen aus. So hat z. B. der Frankfurter Verlag im Jahre 1921 einen Zuschuß von etwas über 30 Millionen erforderlt. Diese großen Zuflüsse ermöglichen die anstrengende Reklame für die kommunistische Partei und ihre unvergleichlich billigen Preise.

In den Jahren 1919 und 1920 hat Rußland die Mittel für die Unterstützung des Kommunismus in Deutschland hauptsächlich in der Form von Perlet und Diamanten herübergeschickt. Gegenwärtig werden die Hilfselder meist in Dollar und anderen ausländischen Währungen gezahlt.

Die „Rote Fahne“, das Berliner Zentralorgan der K. P. D., erklärt zu diesen Berichtserrichtungen, daß die kommunistische Partei es nicht verleugne und niemals verleugnet habe, daß sie von ihrer russischen Bruderpartei materiell unterstützt worden sei. Bei einem Seitenblatt auf die K. P. D. bemerkt das Blatt, daß die K. P. D. sich aber noch niemals auf Kosten der bürgerlichen Regierung habe aushalten lassen.

## Politische Rundschau.

Berlin, den 5. April 1922.

Der Winterfesttag des Reichstages hat die Osterferien in der Weise festgesetzt, daß am 7. April die letzte Plenarsitzung vor der Pause stattfindet, und die Sitzungen am 2. Mai wieder beginnen.

Ehrenzess Dr. v. Krause, der letzte Staatssekretär des Reichsjustizamtes, früher Vizepräsident des Preußischen Landtags und Ehrendirektor der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, hat sein 70. Lebensjahr vollendet.

Freiherr v. Oppenheim, der Verfasser der Denkschrift über den angeblichen Putz in Bayern, ist in Berlin verstorben.

Der letzte Botschafter der russischen Regierung in Deutschland, Swerbejew, ist in Berlin gestorben.

Die deutschen Sachleistungen. Die Reparationskommission hat die Beratung der verschiedenen Abkommen über die Sachleistungen zu Ende geführt und mit gewissen Vorbehaltungen angenommen. Auch das nach dem belgischen Delegierten Bemelmans benannte Hauptleistungsbildkommen wurde mit mehrfachen Änderungen angenommen. Bemelmans wird in nächster Zeit nach Berlin reisen, um von der deutschen Regierung die Annahme dieser Änderungen zu verlangen. Das Wiesbadener Abkommen soll noch vor Beginn der Osterferien von der französischen Kammer ratifiziert werden.

Deutsche Vorbereitungen für Genua. Am Auswärtigen Amt stand unter dem Vorsitz des Ministers des Auswärtigen Dr. Rathenau und unter Beteiligung der zuständigen Ressorts die erste Besprechung mit den für die Konferenz in Genua von der Reichsregierung berufenen Sachverständigen statt. Der Minister gab eine Übersicht über die Vorgeschichte der Genueser Konferenz und skizzierte die Gegenstände, die voraussichtlich dort zur Erörterung kommen würden. Auf Vorschlag des Ministers werden drei Unterkommissionen der Sachverständigen gebildet werden, die sich mit den wirtschaftlichen, finanziellen und Verkehrsfragen befassen und alsbald ihre Beratungen im Auswärtigen Amt und im Reichsministerium beginnen werden. Nur ein kleiner Teil der Sachverständigen wird schon gleich mit den Vertretern der Reichsregierung die Reise nach Genua antreten. Der größere Teil bleibt vorläufig in Berlin zurück.

Unterzeichnung der österreichischen Vereinbarungen Ende April? Der „Oberschlesische Kurier“ berichtet, daß Präsident Calonder eine Anfrage an die Botschafterkonferenz gerichtet habe, zwecks Interpretation einiger Punkte des Versailler Vertrages die im Zusammenhang mit den polnisch-deutschen Verhandlungen in Genua stehen. Man nimmt an, daß die Unterzeichnung der Abmachungen Ende April stattfinden werde. Calonder hat den Wunsch ausgesprochen, den deutschen Bevollmächtigten Schiffer wieder in Genua zu sehen und entsprechende Schritte bei der deutschen Regierung getan.

Argentinische Lieferungen gegen Kredit? Zwischen Argentinien und Deutschland sind Verhandlungen über ein Kreditangebot Argentiniens an Deutschland für Getreide- und Fleischlieferungen eingeleitet worden. Ob es wirklich zu einem Kreditabkommen kommt,

wird, erscheint nach dem jetzigen Stand der Verhandlungen zweifelhaft. Die Reichsregierung ist der Meinung, daß sie nur dann auf Fleischlieferungen von Argentinien eingehen kann, wenn dadurch die Fleischpreise in Deutschland herabgedrückt werden.

Reparationsnote und Schutzpolizei. In der Reichskanzlei hat unter dem Vorsitz des Reichskanzlers ein wichtige Befreiung der Vertreter der Länder stattgefunden, in der die Ententeforderungen wegen der Schutzpolizei eingehend beraten wurden. General Nollet forderte bekanntlich in seiner letzten Note von den einzelnen Ländern die grundsätzliche Anerkennung, daß die Polizei auf die Verhandlungsziffern des Jahres 1913 zurückzubringen sei. Er gesteht auch prinzipiell keine Kasernerungen und keine festen Verbände zu, sondern erklärt sich nur zu gewissen Ausnahmen bereit. In der ersten Besprechung vor 14 Tagen ist es nicht gelungen, einen einheitlichen Standpunkt der Vertreter der Länder zu erreichen. Das Ergebnis der gegenwärtigen Besprechungen soll die Grundlage für die Antwort der Reichsregierung bilden, die im Laufe dieser Woche abgehen soll. Ebenfalls vor der Abreise nach Genua wird der Reichskanzler bzw. der Reichsaußenminister die Note der Reparationskommission beantragen.

Russisch-deutsche Besprechungen. Nach der Ankunft des russischen Wirtschaftsdelegierten Krassow in Berlin finden bis zur Abreise der russischen Delegation wichtige Verhandlungen mit der deutschen Regierung statt, wobei die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens in gewissen Fragen auf der Genueser Konferenz erwogen wird; an diesen Verhandlungen sollen sich Vertreter der deutschen Großindustrie beteiligen. Die von der russischen Delegation mitgebrachten Materialien zerfallen in zwei Gruppen: 1. Material bezüglich der Reform verschiedener Gebiete der russischen Wirtschaft und des russischen Finanzwesens sowie 2. Konzessionsanträge für verschiedene Länder unter verschiedenen Bedingungen.

Wahlwahlverschluß im Reichstag. Das Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrats Hermann Reutlingen, der vor wenigen Wochen als Nachfolger des verstorbenen demokratischen Führers Conrad Haupmann in den Reichstag eingezogen war, hat sein Reichstagsmandat niedergelegt, da sich die Führung zweier Mandate nicht mit seinem Amt als Hauptgeschäftsführer beim Reichsverband des Deutschen Handwerks vereinbart. Sein Nachfolger im Reichstag ist der Landwirt Hugo Herrmann (Blaustein).

Kapp's Gesetz endgültig abgelehnt. Nachdem das Gesetz des Generallandwirtschaftsdirекторa a. D. Kapp um freies Geleit bereits von dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichts abgelehnt worden war, ist es jetzt auch von dem Ersten Strafgericht des Reichsgerichts, an dem sich Kapp noch beschwerdefähig gewendet hatte, ablehnend beschieden worden. Der Bescheid ist endgültig.

Gegen die Preisdictatur des Papierhandels hat der Landesverband der sächsischen Presse in folgender Entschließung Stellung genommen: "Der Landesverband der jüdischen Presse, der durch die allgemein anerkannte Notlage der Zeitungen mithinterfragt ist, erhebt schärfsten Eindruck gegen die Preisdictatur des Papierhandels und gegen die unverantwortliche Stellungnahme der Reichsbehörden gegenüber diesem Zustande. Die Folgen dieser Notlage bedrohen nicht nur die Zeitungsbetriebe im allgemeinen, sondern ganz besonders die ideellen und materiellen Interessen der Schriftsteller und der freien Schriftsteller, deren Schicksal mit der Existenzfähigkeit der Zeitungen aufs engste verknüpft ist."

Parlamentarische Untersuchung in Braunschweig. Der vom Braunschweiger Landtag eingesetzte Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Nachprüfung der von Sepp Dörter gegen die Mitglieder der jeweiligen braunschweigischen Regierung erhobenen Anklagen hat Dörter als Zeugen vernommen. Der von Dörter angegriffene heilige Ministerpräsident Junde (unabhängig) hat inzwischen sein Amt niedergelegt. Dörter befürchtete, daß Junde im Anschluß an eine Dienstreise nach Leipzig mit seiner Frau im Dienstauto eine Vergnügungsreise nach der Sächsischen Schweiz gemacht hat, deren Unkosten dem Staat Braunschweig liquidiert wurden. Ferner hätten die Autos der Polizei ständig zu Privataufgaben zur Verfügung gestanden und wären nachts zur Heimfahrt von Feuerleuten aus dem Lande nach Braunschweig benutzt worden.

Eine Bismarckrede Stresemanns in Hamburg. Bei der Bismarckfeier der Deutschen Volkspartei in Hamburg entwarf der Reichsabgeordnete Dr. Stresemann ein Bild des großen Staatsmanns und führte hierbei unter Hinweis auf die jüngsten politischen Ereignisse u. a. aus: "Der Staat ging Bismarck über alles, deshalb hat auch die Deutsche Volkspartei die Regierung stark machen zu müssen geglaubt damit diese ihr Nein gegenüber den Forderungen der Reparationskommission kraftvoll aufrechterhalte. Nicht dem Reichsanzler zuliebe, sondern um Deutschlands willen haben wir uns hinter die Erklärung der Regierung gestellt. Eine Einheitsfront galt es zu schaffen, ohne die kein Nein zum Ausdruck kommen kann". Wenn ja, dann heißt es jetzt: "Das Vaterland über die Partei!"

Die deutschen Bischöfe zur Schulsfrage. Zur Verteidigung der Religionsfreiheit haben die deutschen Bischöfe einen gemeinsamen Hirtenbrief an die Katholiken Deutschlands erlassen, der durch die gegenwärtigen Verhandlungen über das Reichsschulgesetz im Reichstagsausschuss besondere Bedeutung gewinnt. Die Bischöfe machen darauf aufmerksam, wie man in Parlementen und Volksversammlungen, in der Presse und in starker Agitation sich bemühe, die konfessionelle Schule als minderwertig herabzusetzen und sie durch die sogenannte Gemeinschaftsschule oder durch die weltliche Schule zu verdrängen. Die Eltern werden dringend ermahnt, sich die Freiheit nicht rauben zu lassen, daß ihre Kinder nach den Grundzügen ihres Glaubens in konfessionellen Schulen auch in Zukunft unterrichtet und erzogen werden. Sie sollen für die Religionsfreiheit volle Gleichberechtigung mit anderen Schulen verlangen und nicht dulden, daß sie als minderwertige „Sonderschule“ behandelt wird und ihre Be-

wegen ihrer Steuereinführung durch beschließend Bestimmungen erschwert werden.

Der schweizerische Nationalrat hat sich gegen die Wahl von Beamten in den Nationalrat ausgesprochen. Die Frage soll dem Volk zur endgültigen Entscheidung unterbreitet werden.

Zwischen dem Vatikan und Sowjetrußland schwanken Verhandlungen wegen Sicherstellung der Rechte der römisch-katholischen Kirche in Sowjetrußland.

Das spanische Königspaar wird voraussichtlich Ende April oder Anfang Mai dem Quirinal und dem Vatikan einen offiziellen Besuch abholen.

Präsident Harding hat zum amerikanischen Gesandten in Österreich Albert H. Woollburn ernannt, einen New Yorker Abgeordneten.

#### Ungarn: Um Karls Nachfolger.

Die ungarischen Legitimisten betrachten Karls erstgeborenen, jetzt 10-jährigen Sohn als den rechtmäßigen König von Ungarn. Er soll den Namen Otto II. führen. Die Vertretung seiner Rechte während der Minderjährigkeit soll seine Mutter übernehmen. Die ungarische Regierung hat die Anerkennung des Reichstags eingeholt und gegen ihre Utreiter ein Verfahren eingeleitet. In einer Regierungserklärung wird darauf hingewiesen, daß das ungarische Parlament den Thronverlust des ganzen Hauses Habsburg ausgesprochen und sich überdies die Regierung verpflichtet habe, vor der Lösung der Königfrage mit den Ententemächten in Führung zu treten. Die Regierung besitzt, daß sie ihren Standpunkt in der Königfrage nicht verändert habe und ohne Einwilligung der Entente eine Wahlrechtsverordnung erlassen. Die Regierung hat eine zweitägige Landesträte angesetzt. Trauerräder und Glockengeläut verkünden den Tod des Königs.

#### Frankreich: Vertrauenabotum für Poincaré.

Die französische Kammer nahm nach Beendigung der Aussprache über die auswärtige Politik der Regierung mit 184 gegen 78 Stimmen eine Tagesordnung an, mit der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird. Vor der Abstimmung erklärte Poincaré in seinem Schlusswort, die französischen Delegierten mühten nach Genua gehoben nicht als verdächtliche Zeugen, sondern als aktive und gewauensvolle Teilnehmer, die entschlossen seien, mit ganzem Herzen für die Würde des französischen Genius an dem Feierabend zu tragen. In erster Linie kommt aber der Wiederaufbau Frankreichs. Deutschland sei zwar sehr ungünstig, es habe aber nicht nicht wie Frankreich die Schrecken der Inflation gekannt. Frankreich sei mehrheitlich verletzt und müsse deshalb in Genua an erster Stelle kommen. Wenn unsere Rechte respektiert worden seien, dann werden wir von ganzem Herzen am Wiederaufbau des übrigen Europas mitarbeiten. Diese Schlußerklärungen Poincarés wurden vom ganzen Hause, von der Rechten bis zur Linken, mit donnerndem Applaus entgegengenommen.

#### Spanien: Alfonso XIII. Fürbitte für Kaiserin Zita.

Auf Wunsch der Kaiserin Zita hat der König von Spanien an den Papst ein Telegramm gesandt, in dem er dieser um seine Fürsprache bittet, damit den hinterließenen des verstorbenen ehemaligen Kaisers Karl ausreichende Mittel für ihren Lebensunterhalt zur Verfügung gestellt werden. — Der spanische Hof hat auf Anordnung des künftigen Kaisers angelegt.

#### Kein deutsch-russisches Zusammenarbeiten?

Berlin, 4. April. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind die Nachrichten über Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der russischen Genua-Delegation über ein etwaiges gemeinsames Vorgehen in Genua in gewissen Fragen unzutreffend.

#### Steigerwald über die Ansichten in Genua.

Berlin, 4. April. Dem Chefredakteur des "Maastricht" gegenüber äußerte Staatsminister a. D. Steigerwald u. a.: Von der Konferenz von Genua, wie sie nach dem nunmehr festgestellten Programm zu verlaufen droht, erwarte ich irgendwelche unmittelbaren Ergebnisse, die unsere deutsche Wirtschaft der Entwicklung näher führen, überhaupt nicht. Ich bin noch wie vor der Meinung, daß eine Aussprache über die wirtschaftliche Lage nur dann zu einem zutreffenden Bilde gelangen kann, wenn das Reparationsproblem, seine bisherige Durchführung, seine schon eingetretenen und voraussichtlichen Wirkungen mitbestritten werden.

#### Lloyd Georges gebundene Hände.

London, 4. April. Das sozialistische Arbeiterblatt "Daily Herald" bemerkt zu der Unterhänderei des Premierministers, Lloyd Georges, Hände seien gebunden; auf Befehl Poincarés und der englischen Konservativen habe er aus dem Programm von Genua die beiden wesentlichen Punkte, nämlich die Revision der deutschen Reparationen und eine angemessene Anerkennung der sowjetregierung herausgehoben.

#### Poincarés Frau — deutscher Abstammung?

München, 4. April. Die "Münchner Augsburger Abendzeitung" erinnert daran, daß Poincarés Frau mittlerweile aus Bayern stammt. Ihre Mutter war eine Tochter des in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in München gesprochenen Hoftheatermusikdirektors Moosbauer.

#### Eine Haftentlassung in der Mordsache Grzberger.

Offenburg, 4. April. Der von der Badischen Staatsanwaltschaft wegen Verdachtes der Mitwisserschaft in der Grzberger-Mordsache von München nach Offenburg geholte Rechtsanwalt Dr. Adolf Müller ist nach sechs Wochen wieder freigelassen worden, weil sich keine Verdachtsmomente ergaben haben.

#### Ein französischer Offizierbund.

Paris, 4. April. Sämtliche französischen Reserveoffiziere haben sich zu einem großen Bund zusammengeschlossen, der unter dem Namen "Union nationale des officiers du complement de France" weniger die Pflege der Kameradschaft oder wirtschaftliche Interessen als vielmehr in erster Linie die Förderung der Ausbildung der Reserveoffiziere für den Krieg zum Ziele hat. Der Bund wird von den amtlichen französischen Stellen stark unterstützt. Er besitzt eine eigene Vertretung im Pariser Kriegsministerium.

#### Aus Stadt und Land.

Die Nähe des Verschmähens. Ende des letzten Jahres weilte der frühere Barbier und jetzige Großteil Charles Chaplin in Deutschland. Sieh aber liberal

auf alle Schultern. Nur eine führende Persönlichkeit der Filmindustrie lud ihn zu einem feudalen Festmahl und konnte darauf bestimmen, daß sein Gast diese Einladung dazu benützte, im "Petit Parisien" von den in Deutschland herrschenden "Trunk und Pomp" zu plaudern und daraus zu beweisen, daß die "Tot in Deutschland" purer Schwund sei. In Südamerika ließ jetzt Chaplin einen Film unter dem Titel "Gewehr über" drehen, in dem das alte deutsche Heer, der Kaiser, der Kronprinz und Hindenburg in den Schmutz gezogen und die alten Kämpfergeschichten über die deutschen Offiziere und Soldaten gegen die französischen Frauen wieder hergeholt werden. Einer Beurteilung des Filmfotos zufolge soll dies alles er die erste Etappe auf einem großangelegten und mit französischem Gelde unterstützten Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland sein. Der deutsche Kinobesuch möge an diese Nähe des Verschmähens denken, wenn er sich vor der Leinwand an dessen blöden Springer "ergibt"!

Eine Nieselwetteraffäre wurde in Breslau aufgedeckt. Eine Fälscherbande handelte dort mit Abgangzeugnissen von Gymnasien, mit Universitätsdiplomen und zum Teil auch mit politischen Dokumenten. Ein ehemaliger Seminarist hat sich Kenntnisse die zum Verstehen des Abiturientenexams reichten angeeignet und die Prüfung zu wiederholten Male an verschiedenen Schulen auf anderen Namen bestanden und die Beugnisse seinen Auftraggebern verlaufen. Mit Hilfe eines ehemaligen Fahnenjunkers, der sie den Doktorstitel beigelegt hatte, ist dann das Geschäft weiter ausgebaut worden. Zu den richtigen erschlichenen Beugnissen kamen gefälscht, so daß nach den bis herigen Feststellungen etwa 200 Abiturientenzugnisse ausgehändigt wurden, die zum großen Teil auf gestohlene echte Formulare gedruckt, aber mit falschen Stempeln und Unterschriften versehen worden sind. Schließlich haben sich die Fälscher auf das politische Gebiet geworfen und Pässe sowie Empfehlungsschreiben, Einführungen von Behörden usw. fabriziert. Als man jetzt der großen Betrugsauffäre auf die Spur kam waren die beiden Täter schon aus Breslau verschwunden und konnten noch nicht ermittelt werden.

Grubenunglück in Oberschlesien. Ein schweres Unglück ereignete sich auf dem Schuckmann-Oberbergwerk der Castellengo-Grube. Dort brach anscheinend im Transformatorraum ein Brand aus. Die Bildung dieses Brandes arbeitenden fünf Bergleute konnten sich nicht retten. Versuche, die unternommen wurden um die Abgeschnittenen heranzuholen, waren wegen der starken Rauchgase und der großen Hitze erfolglos. Es besteht wenig Hoffnung, die fünf Bergleute lebend zu bergen.

Die Arbeitslosigkeit in Polen. Die Zahl der Arbeitslosen in Polen beträgt zweihunderttausend Personen. Die Zahl bedeutet gegen Februar eine Steigerung um 75 Prozent. — Die polnische Regierung hat in sämtlichen Verwaltungszweigen erhebliche Beamtenentlassungen vorgenommen. Im ganzen ist der Beamtenetat um fünfundzwanzigtausend Personen vermindert worden. Die Warschauer Regierung erhöht von diesen Entlassungen eine monatliche Ersparnis von ancerthalb Milliarden Mark.

Ein Hauptabkömmling der Milchener Aprilrevolution 1919, der Plasterer Michael Holzer, haftet in Landsberg in Bayern der Staatsanwaltschaft nachgestellt. Holzer stammt aus München und beteiligte sich an der Auseinandersetzung der Mälerei in München.

Jugentgleitung in Köln. In Köln entgleib der von Barmen-Mittershausen kommende Personenzug bei der Einfahrt in den Hauptbahnhof. Ein in der Mitte des Zuges laufender Personenzugwagen schlummert; elf Reisende wurden leicht verletzt.

Deutsche Kirchenfeier in Schweden. In der deutschen St. Gertruds-Kirche in Stockholm fand in Anwesenheit des Prinzen Carl, des deutschen Gesandten Rudolph und des niederländischen Gesandten Baron Swerts ein Gottesdienst der schwedischen Abteiung des Johanneiterordens statt, wobei eine von der Gräfin Hallwyl der deutschen Kirche gestiftete Gedächtnisplatte eingeweiht wurde.

Empörung der religiösen Bevölkerung Russlands. In dem russischen Fabrikstädtchen Schuja bei Swatojwo-Wosnessensk kam es bei der Einziehung des Kirchengutes zu Zusammenstößen zwischen dem Volk und Truppen, die zur Versicherung des Polizeiaufgebotes herangezogen worden waren. Mehrere Personen wurden getötet.

Überflutung in Süderbien. In Süderbien ist eine katastrophale Überflutung eingetreten. Die Stadt Mitrowitz und Umgebung und viele Gegenden im ehemaligen Sandzak Novibazar stehen unter Wasser. Nach bisherigen Schätzungen beträgt der angerichtete Schaden über 20 Millionen Dinar.

Sommerzeit 1922 in Deutschland? Der bekannte Schöpfer der Sommerzeit, Reese-Gosler, hat eine Eingabe an den Reichspräsidenten wegen Wiedereinführung der Sommerzeit in Deutschland gerichtet. Reese betonte vor allem die Notwendigkeit, diese Frage gesetzlich zu regeln, da er den wirtschaftlichen Gewinn auf rund zwei Milliarden Mark pro Jahr einschätzt. Wie verlautet, ist ihm jetzt die Antwort des Reichspräsidenten zugegangen, in der mitgeteilt wird, daß die Frage der Wiedereinführung der Sommerzeit gegenwärtig Gegenstand der Beratung in den Reichsministerien sei.

Feierlicher Empfang deutscher Kriegsschiffe in Oldenburg. Das Kommando der Marinestation der Nordsee in Wilhelmshaven hatte sich bereit erklärt, aus Anlaß des 28. Stiftungsfestes des Oldenburger Marinevereins das Minenfahrzeug 81 und den U-Boot-Berührer II. G. 85 nach Oldenburg zu entsenden. Die beiden Kriegsschiffe trafen im Oldenburger Hafen ein und wurden von einer Abordnung des Marinevereins empfangen. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge begrüßte den Einfahrt der Schiffe mit brausenden Hochrufen. Die Fahrt diente auch instruktiven Zwecken, nämlich der Küstenkunde. Das Minenfahrzeug 81 geht in den nächsten Tagen wieder in den Rigaer Meerbusen ab, wo scharfe Minen noch massenhaft treiben.

Das "Memeler Dampfboot", eine der ältesten angesehenen und verbreitetsten Zeitungen des deutschen Ostens, begeht dieser Tage ein goldenes Jubiläum. Fünfzig Jahre sind vergangen, seit das Blatt im Verlage von F. N. Siebert erscheint. Gleichzeitig kann es die 50jährige Jubiläum seines täglichen Scheins begehen. Am 3. April 1872 erschien die erste Nummer des "Dampfboot" im neuen Verlage.

Große Feuer. Einen Schaden von drei Millionen Mark verursachte ein Großfeuer in der Automobilfabrik von Karlsruhe in Berlin-Weißensee. Der Brand griff sehr schnell um sich und nahm einen großen Umfang an. Die Weißenseer Feuerwehr sowie drei Löschzüge der Berliner Feuerwehr waren fünfzehn Stunden mit dem Löschfeuer des Brandes beschäftigt. Das Fabrikgebäude brannte bis auf die Ummauern nieder. Dabei sind 15 Automobile und sämtliche Werkzeugmaschinen zerstört worden. — Ein Großfeuer in der Thermometersfabrik Gebr. Fritz in Schönebeck vernichtete das Hauptgebäude bis auf die Grundmauern. Von den Nebengebäuden konnte nur das Maschinenhaus und die Sägemühle gerettet werden. Der Betrieb liegt still.

Eine Räuberbande in Oberschlesien. Nach Riebowitz, Kreis Rybnik, kam eine Bande von seidig gekleideten Personen mit einem Breiterwagen, der vorn und hinten ein Maschinengewehr hatte. Die mit Revolvern und Gummiknüppeln bewaffnete Bande umstellt das Gathaus Bernatzki, drang in das Lokal ein, mißhandelte den Besitzer, seine Frau und zwei Söhne und einen Gast und raubte alles, was sie an Geld, Waren und sonstigen Gegenständen vorsah. Die Gemeindewache war machtlos.

Die Suche nach der Leiche Heinrich von Speis. Die Spuren der vermissten Touristen von Speis und Schey im Großerodnergebiet verlieren sich im Neuschnee. Es ist fast sicher, daß beide von einer großen Lawine zwischen Heiligenthal und dem Großenhaus erschlagen wurden, die derart tief ist, daß eine Bergung der Leichen jetzt unmöglich erscheint.

Der Grubenbrand in Oberschlesien. Zu dem Grubenbrand auf dem Castellengrundstück wird noch mitgeteilt: Durch sofortiges Abdämmen der Brandquelle ist es gelungen, einen größeren Brand zu verhindern. Zu den fünf abgeschnittenen Bergleuten vorzudringen, wird wohl erst in zwei bis drei Tagen möglich sein.

Brandstift im Sächsischen Gebiet. Von einem französischen Besatzungssoldaten wurde der Bauunternehmer Küller aus Wahn erstochen. Er wollte dem Soldaten, der in einer Wirtschaft Schnaps verlangte, bestrafen wollen, daß der Wirt strafbar sei, wenn er den Schnaps ausschenkte. Beim Hinausgehen wurde er dann von einem Soldaten ohne weiteres durch einen Herzschlag getötet.

Mutter und Tochter ermordet. In ihrer Wohnung in Landsberg in Bayern wurden die Stadtämterin Sengmüller und ihre erwachsene Tochter Elisabeth ermordet aufgefunden. Die Tochter war erschossen, die Mutter mit einem Knebel erstickt. Die ganze Wohnung war ausgeplündert. Von den Raubmännern fehlt bisher jede Spur.

Folgenschwerer Kubenschieß in Westenburg. In der Nacht, den Teilnehmern einer Vereinsfeierlichkeit in Westenburg Schreien einzutragen, legten drei junge Burschen in der Nacht an die Außenwand eines Saales Schleißbaumwolle, durch deren Explosion ein benachbartes Bürogebäude beschädigt und über hundert Fensterscheiben zertrümmt wurden. Zahlreiche Personen wurden durch Glassplitter verletzt. Die Täter wurden verhaftet.

Abschluß der Warschauer Sanitätskonferenz. In Warschau durch den Böllerbund eingerufene sächsische Konsuln der Milchener Aprilrevolution 1919, der Plasterer Michael Holzer, haftet in Landsberg in Bayern der Staatsanwaltschaft nachgestellt. Holzer stammt aus München und beteiligte sich an der Auseinandersetzung der Mälerei in München.

Jugentgleitung in Köln. In Köln entgleib der von Barmen-Mittershausen kommende Personenzug bei der Einfahrt in den Hauptbahnhof. Ein in der Mitte des Zuges laufender Personenzugwagen schlummert; elf Reisende wurden leicht verletzt.

Deutsche Kirchenfeier in Schweden. In der deutschen St. Gertruds-Kirche in Stockholm fand in Anwesenheit des Prinzen Carl, des deutschen Gesandten Rudolph und des niederländischen Gesandten Baron Swerts ein Gottesdienst der schwedischen Abteiung des Johanneiterordens statt, wobei eine von der Gräfin Hallwyl der deutschen Kirche gestiftete Gedächtnisplatte eingeweiht wurde.

Wegen Spionage verurteilte Reichswehrsoldaten. Der 2. Strafgerichts des Reichsgerichts in Leipzig verhandelte gegen den Robert Berwein aus Jechtow wegen verdeckten Befehls militärischer Geheimnisse. Berwein hatte den Auftrag übernommen, für Befehle der Reichswehrsoldaten für solche Geldbeträge gegeben: Der Kampf soll nicht nur an der Grenze bei Ländern, wo die Epidemie herrscht, geführt werden sondern selbst im Lande. Alle europäischen Staaten sollen sich am Kampf mit den Epidemien beteiligen. Die Ausgaben sollen alle Vertreter des Böllerbunds tragen. Rationen, die nicht zum Böllerbund gehören, werden eingeladen, sich an den Ausgaben zu beteiligen. Die Ausführung der Beschlüsse der sanitären Konferenz werden der hygienischen Sektion des Böllerbunds übertragen.

Wegen Spionage verurteilte Reichswehrsoldaten. Der 2. Strafgerichts des Reichsgerichts in Leipzig verhandelte gegen den Robert Berwein aus Jechtow wegen verdeckten Befehls militärischer Geheimnisse. Berwein hatte den Auftrag übernommen, für Befehle der Reichswehrsoldaten für solche Geldbeträge gegeben: Der Kampf soll nicht nur an der Grenze bei Ländern, wo die Epidemie herrscht, geführt werden sondern selbst im Lande. Alle europäischen Staaten sollen sich am Kampf mit den Epidemien beteiligen. Die Ausgaben sollen alle Vertreter des Böllerbunds tragen. Rationen, die nicht zum Böllerbund gehören, werden eingeladen, sich an den Ausgaben zu beteiligen. Die Ausführung der Beschlüsse der sanitären Konferenz werden der hygienischen Sektion des Böllerbunds übertragen.

#### Der Herrreiter.

Roman von Robert Mich.

(15. Fortsetzung.)

Auch auf der Generalsprobe, die am Vormittag stattgefunden, war es das gleiche gewesen. Nur fühlte, neugierige Augen streckten ihn, den angeblichen "fröhlichen, schwedischen Offizier". Bel den Stühlen begnügte er sich mit einer leichten, freundlichen Geste. Sie lächelte und fragte dann leichthin:

"Arabella und mein Fuchs in guter Verfassung?"

"Ja — alles in Ordnung!"

"Sie sind doch Ihrer Sache sicher — nicht?"

"Ganz sicher! Auch heute morgen ist's ja gut gegangen."

Wie hochmütig ihn die jungen Burschen anstarnten, als gehörte er einer anderen Menschenrasse an! Und manche von ihnen Väter und Großväter waren sicher noch hinter einem deutschen Blauaue hergegangen, hatten

